S 11 RJ 483/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 20 Kategorie Urteil Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 RJ 483/97 Datum 15.04.1998

2. Instanz

Aktenzeichen L 20 RJ 301/98 Datum 15.01.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} xgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 15.04.1998 wird zur \tilde{A} xckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist zwischen den Beteiligten die GewĤhrung einer Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit.

Der am 1949 geborene Kläger ist türkischer Staatsangehöriger. Er war vom 03.10.1988 bis 31.01.1996 als Kartonagenverpacker in der Bundesrepublik versicherungspflichtig beschätigt. AnschlieÃ□end bezog er Krankengeld und ab 03.06.1996 Arbeitslosengeld.

Am 26.06.1996 beantragte der Kläger die Gewährung von Versichertenrente wegen Erwerbsunfähigkeit. Die Beklagte lieÃ□ ihn im Verwaltungsverfahren durch den Sozialmediziner Dr.H. untersuchen, der in seinem Gutachten vom 03.12.1996 folgende Diagnosen stellte: Funktionseinschränkung der Lendenwirbelsäule bei

Fehlstellung, Wirbelgleiten und VerschleiÄ mit zeitweiliger Wurzelreizsymptomatik; beginnende VerschleiÄ erscheinungen der HalswirbelsÄ ule und der Hüftgelenke (bei Fehlanlage); medikamentÄ sehandelter arterieller Bluthochdruck ohne Rückwirkung auf das Herz; leichtes Kà rperübergewicht. Zusammenfassend gelangte Dr.H. zu dem Ergebnis, dass beim Klà ger trotz der von ihm geschilderten Wurzelreizerscheinungen keine wesentlichen Funktionsausfà lle vorlà gen und dass sich der arterielle Blutdruck im Normbereich bewege. Leichte und mittelschwere Tà tigkeiten seien dem Klà ger weiterhin vollschichtig zumutbar; Arbeiten in gebà ketter KÃ rperhaltung sowie mit schwerem Heben und Tragen verbundene TÃ tigkeiten solle er jedoch vermeiden.

Die Beklagte lehnte daraufhin mit Bescheid vom 02.01.1997 die GewĤhrung von Rentenleistungen wegen Erwerbs- und BerufungsfĤhigkeit ab.

Der hiergegen am 17.01.1997 eingelegte Widerspruch blieb ohne Erfolg (Widerspruchsbescheid vom 26.05.1997).

Dagegen hat der Kläger am 10.06.1997 Klage zum Sozialgericht Bayreuth (SG) erhoben.

In dem vom SG bei dem Nervenarzt Dr.M. eingeholten Gutachten vom 05.11.1997 bestĤtigte dieser die bereits bekannten Diagnosen. Der KlĤger weise eine leichte Fehlstatik der WirbelsĤule auf, die seine Beweglichkeit aber nicht wesentlich einschrĤnke. Die Muskulatur der langen Rückenstrecker sei verspannt, ein neurologischer Befund jedoch nicht erkennbar. Die Beweglichkeit der Arm- und Beingelenke sei frei. Die röntgenologisch gesicherte Coxarthrose führe nicht zu einer FunktionseinschrĤnkung. Der gut eingestellte Bluthochdruck weise Werte im Normbereich auf. Der KlĤger könne deshalb weiterhin leichte (zeitweise auch mittelschwere) Tätigkeiten mit den im Einzelnen benannten EinschrĤnkungen verrichten. Der Weg von und zur Arbeit unterliege keiner BeschrĤnkung.

Das SG hat die Klage mit Urteil vom 15.04.1998 abgewiesen. Bei dem auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbaren Kläger liege weder Erwerbs- noch Berufsunfähigkeit vor; die zumutbaren Anmarschwege zur Arbeitsstätte seien nicht in rentenrechtlich relevanter Weise beeinträchtigt.

Gegen das am 29.05.1998 zugestellte Urteil wendet sich der Kläger mit der am 09.06.1998 beim Bayer. Landessozialgericht (BayLSG) eingelegten Berufung. Er könne weder eine vollschichtige körperliche Tätigkeit ausüben, noch die auf dem Arbeitsweg anfallenden Gehstrecken innerhalb zumutbarer Zeit (von etwa 20 Minuten je Teilstrecke) zurücklegen.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des SG Bayreuth vom 15.04.1998 aufzuheben und die Beklagte unter AbĤnderung des Bescheides vom 02.01.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26.05.1997 zu verurteilen, ihm ab 01.07.1996 Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit, hilfsweise wegen BerufsunfĤhigkeit, zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung des Klägers gegen das Urteil des SG Bayreuth vom 15.04.1998 zurückzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des SG für zutreffend.

In dem vom Senat zur weiteren SachaufklĤrung eingeholten Gutachten vom 30.09.1999 hat der Neurologe und Psychiater Dr.E. ausgefýhrt, auf psychiatrischem Fachgebiet lĤgen beim KlĤger keine Gesundheitsstörungen von Krankheitswert vor. Dieser sei insbesondere ohne Schwierigkeiten in der Lage, ortsýbliche Anmarschwege zur Arbeitsstätte von täglich viermal 500 m innerhalb eines Zeitraums von (jeweils) höchstens 15 Minuten zurückzulegen. Er könne ferner öffentliche Verkehrsmittel und einen eigenen Pkw benutzen.

Der ebenfalls zum gerichtlichen SachverstĤndigen ernannte OrthopĤde Dr.H. diagnostizierte in seinem Gutachten vom 27.01.2000 lediglich eine leichte EinschrĤnkung der Funktion und Belastbarkeit der WirbelsĤule bei degenerativen VerĤnderungen der unteren Hals- und LendenwirbelsĤule mit gleichzeitigem Wirbelgleiten im Segment L 5/S 1. Diese VerÄxnderungen seien muskulÄxr tadellos kompensiert und führten nicht einmal zu reaktiven muskulären Verspannungen. Wirbelsäulenreizerscheinungen hätten sich beim Kläger nicht feststellen lassen. In beiden Hýftgelenken bestünden lediglich beginnende Verschlei̸erscheinungen im Sinne einer initialen Coxarthrose ohne messbare FunktionseinschrĤnkungen. Auch ein Bluthochdruck lasse sich beim KlĤger nicht verifizieren. Der neurologische Befund sei vA¶llig unauffA¤llig; eine computertomographische Messung der Knochendichte habe keinen krankhaften Befund ergeben. Der KlĤger kĶnne deshalb mit den betriebsļblichen Arbeitspausen die zuletzt ausgeübte Tätigkeit als Verpacker/Versandarbeiter weiterhin vollschichtig verrichten. Fu̸wegstrecken von mehrmals täglich 2 km könne er ohne Schwierigkeiten zurücklegen, darüber hinaus ein Fahrrad, Motorfahrzeug oder Ķffentliche Verkehrsmittel benutzen.

In dem gemäÃ□ § 109 Sozialgerichtsgesetz (SGG) eingeholten Gutachten vom 16.07.2000 ging der Chirurg Dr.K. davon aus, dass beim Kläger eine chronische Irritation strukturieller Kompartimente mit hartnäckigen muskulären Verspannungen und Bewegungseinschränkungen im Bereich der HWS und LWS sowie bereits knöchern fixierte degenerative Veränderungen vorlägen. Trotz nur leichter röntgenologischer Veränderungen seien die vom Kläger geschilderten Beschwerden glaubhaft. Eine vertebragene Wurzelirritation führe bei ihm zu Bewegungseinschränkungen im HWS- und LWS-Bereich. Der klinische Befund bestätige eine Minderfunktion im Bereich des rechten Beines, die ihrerseits zu einem Mindereinsatz (gekennzeichnet durch Muskelverschmächtigung, Minderbeschwielung) geführt habe. Trotz normaler Durchblutung sei das Bein weniger belastbar, was zu einer schnelleren Ermüdbarkeit und zu einem behinderten Gang- und Standbild führe. Der Kläger könne deshalb nur noch leichte Tätigkeiten (im Wechsel von Gehen, Stehen und Sitzen, in geschlossenen Räumen, aber auch im Freien unter Schutz vor extremen Witterungsbedingungen)

ausüben. Arbeiten mit andauernden körperlichen Zwangshaltungen, häufigem Bücken, Heben und Tragen und Bewegen von Lasten über 10 kg, Akkord- und FlieÃ□bandarbeiten sowie Tätigkeiten auf Leitern und Gerüsten oder an gefährlichen Maschinen sollte er vermeiden. Zumutbar sei ihm lediglich eine bis zu sechsstündige Arbeitszeit täglich. Die ortsüblichen Anmarschwege zur Arbeitsstätte könne er nur mit erhöhtem Zeitaufwand zurücklegen.

In ihrer Stellungnahme vom 17.08.2000 hielt Frau Dr.M. vom Ã□rztlichen Prüfdienst der Beklagten die Leistungsbeurteilung durch Dr.K. nicht für überzeugend. Beim Kläger bestünden keine wesentlichen Behinderungen; er nehme auch keinerlei Medikamente, sodass er leichte Tätigkeiten weiterhin vollschichtig verrichten und auch die ortsüblichen Anmarschwege zur Arbeitsstätte zurücklegen könne.

Auf die beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten, des AVF Bayreuth, des SG Bayreuth und des BayLSG wird ergĤnzend Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt ($\frac{\hat{A} \hat{S} \hat{A} \hat{S} 143}{151 \text{ SGG}}$) und auch im $\tilde{A} \parallel \text{brigen zul} \tilde{A} \approx \text{sig} (\frac{\hat{A} \hat{S} 144 \text{ SGG}}{144 \text{ SGG}})$.

Das Rechtsmittel erweist sich in der Sache als unbegründet; denn das SG hat mit Urteil vom 15.04.1998 die Klage gegen den Bescheid der Beklagten vom 02.01.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26.05.1997 zu Recht abgewiesen. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Gewährung von Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Nach <u>ŧ 44 Abs 1</u> Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) haben Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Rente wegen EU, wenn sie 1. erwerbsunfĤhig sind 2. in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der EU 3 Jahre Pflicht beitragszeiten haben und 3. vor Eintritt der EU die allgemeine Wartezeit erfĽllt haben. ErwerbsunfĤhig sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÄ∏er Stande sind, eine ErwerbstĤtigkeit in gewisser RegelmĤÄ∏igkeit auszuľben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zu erzielen, das 1/7 der monatlichen BezugsgrĶÄ∏e Ã⅓bersteigt (<u>§ 44 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 1 SGB VI</u>).

Diese Voraussetzungen sind beim Kläger nicht erfÃ⅓llt. Eine rentenrechtlich bedeutsame Leistungsbeeinträchtigung, die aus ärztlicher Sicht dem Eintritt von EU entspricht, liegt nach dem Ergebnis der umfangreichen medizinischen Sachaufklärung im Verwaltungs-, Klage- und Berufungsverfahren nicht vor. Der Senat schlieÃ□t sich insoweit den Ã⅓berzeugenden AusfÃ⅓hrungen der Dres.E. und H. in ihren Gutachten vom 30.09.1999 bzw 27.01.2000 an. Danach besteht beim Kläger lediglich eine leichte Einschränkung von Funktion und Belastbarkeit des Achsenorgans bei degenerativen Veränderungen der unteren Hals- und Lendenwirbelsäule mit gleichzeitigem Wirbelgleiten im Segment L5/S1. Diese Veränderungen sind jedoch muskulär vollständig kompensiert und fÃ⅓hren

nicht einmal zu muskulĤren Verspannungen. Beim KlĤger haben sich auch wĤhrend der im Berufungsverfahren durchgefĽhrten Untersuchungen weder Wurzelreizerscheinungen noch messbare FunktionseinschrĤnkungen der Hüftgelenke finden lassen. Ein Bluthochdruck konnte ebensowenig festgestellt werden wie eine von der Norm abweichende Knochendichte. Da auch der neurologische Befund nach den Ausführungen des Nervenarztes Dr.E. im Gutachten vom 30.09.1999 unauffällig ist, hat der Senat keine Bedenken, dass der Kläger Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes, auf den er sich im Rahmen des § 44 SGB VI uneingeschränkt verweisen lassen muss, noch ganztags und regelmäÃ∏ig verrichten kann.

Zur ErwerbstÄxtigkeit gehĶrt jedoch auch das VermĶgen, eine Arbeitsstelle aufzusuchen, denn eine TÄxtigkeit zum Zwecke des Gelderwerbs ist in der Regel nur au̸erhalb der Wohnung möglich. Dementsprechend sieht das BSG das Vorhandensein eines Minimums an MobilitÃxt als Teil des nach den §Â§ 43, 44 SGB VI versicherten Risikos an und hÃxIt in stÃxndiger Rechtsprechung aufgrund allgemeiner Erfahrungen generell die FĤhigkeit des Versicherten fļr erforderlich, Entfernungen von mindestens 500 m zu Fuà zurÃ/4ckzulegen. Dabei hat das BSG einen Zeitaufwand von 30 Minuten für 2 km zugrunde gelegt, der bereits kurze Stand- und Wartezeiten einbezieht. Umgerechnet auf 500 m ergibt sich somit eine normale Gehzeit von 7,5 Minuten. Der Bereich des Zumutbaren wird nach Auffassung des BSG erst verlassen, wenn der Gehbehinderte fA¼r 500 m mehr als das Doppelte dieser Zeit, also über 15 Minuten benötigt (BSG in SozR 3-2200 §-1247 Nr 10 mwN). Sowohl Dr.E. als auch Dr.H. gehen in ihren Gutachten aber davon aus, dass der KlĤger Wegstrecken von mehrmals 2 km ohne Schwierigkeiten zu Fu̸ zurücklegen und darþber hinaus auch ein Fahrrad, ein Motorfahrzeug oder Ķffentliche Verkehrsmittel benutzen kann. Den Ausführungen von Dr.K. in seinem Gutachten vom 16.07.2000 vermag sich der Senat nicht anzuschlie̸en. Der Sachverständige hat nicht darzulegen vermocht, dass und weshalb trotz normaler Durchblutung das rechte Bein des Klägers weniger belastbar sein soll, was nach Mindereinsatz (gekennzeichnet durch MuskelverschmÄxchtigung und Minderbeschwielung) zu einer Minderfunktion geführt habe. Dr.K. beschreibt in seinem Gutachten keinerlei funktionelle BeeintrÃxchtigungen der unteren ExtremitÃxten des KlÃxgers, sodass für den Senat seine diesbezüglichen Ausführungen, wonach der Kläger selbst Wegstrecken von etwas mehr als 500 m nur mit erhĶhtem Zeitaufwand zurļcklegen könne, nicht nachvollziehbar sind.

Ein vollschichtiges Leistungsvermögen für Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes und eine nicht eingeschränkte Wegefähigkeit schlieÃ \Box en die Annahme von EU im Sinne des <u>§ 44 Abs 2 Satz 1 SGB VI</u> aus. Bei vollschichtig einsatzfähigen Versicherten ist \hat{a}_{\Box} von hier nicht einschlägigen Ausnahmen abgesehen \hat{a}_{\Box} ein offener Arbeitsmarkt anzunehmen, gleichgültig ob die in Betracht kommenden Arbeitsplätze frei oder besetzt sind (in diesem Sinne schon BSG Beschluss des groÃ \Box en Senates vom 11.12.1969 \hat{a}_{\Box} Gs 4/69 \hat{a}_{\Box} und Urteil vom 24.08.1978 \hat{a}_{\Box} $\underline{5}$ RJ 18/78 -).

Der hilfsweise geltend gemachte Anspruch auf Rente wegen BU steht dem KlĤger

ebenfalls nicht zu. Ein Berufsschutz als Facharbeiter ist schon nach seinen eigenen Angaben zu verneinen, weil er keinen Beruf erlernt hat und wĤhrend seines versicherungspflichtigen Erwerbslebens in der Bundesrepublik nicht als Facharbeiter nicht tĤtig war. Die von ihm ausgeļbte TĤtigkeit als Kartonagenverpacker ist gľnstigstenfalls der Gruppe von angelernten Arbeitnehmern des unteren Bereichs zuzuordnen. Insoweit muss sich der KlĤger auf ungelernte TĤtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes, ausgenommen solche einfachster oder gĤnzlich untergeordneter Art verweisen lassen.

Welche Verweisungstätigkeiten hier in Betracht kommen, kann im Ã∏brigen dahinstehen, denn der Senat geht in ̸bereinstimmung mit den Ausführungen von Dr.E. und Dr.H. davon aus, dass der KlĤger die zuletzt (versicherungspflichtig) ausgeübte Beschäftigung als Verpacker/Versandarbeiter weiterhin verrichten kann. Die beim Kläger vorliegenden Gesundheitsstä¶rungen sind entweder leichterer Art oder führen nicht zu einer wesentlichen Funktionseinschränkung. Den Ausführungen von Dr.K., der nur noch von einer bis zu sechsstündigen EinsatzfĤhigkeit des KlĤgers für leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes ausgeht, vermag der Senat nicht zu folgen. Sie erscheinen im Vergleich mit der ausfļhrlich begrļndeten Leistungsbewertung durch die gemäÃ∏ § 106 SGG gehörten Sachverständigen Dr.E. und Dr.H. nicht schlýssig. Dr.K. hat anhand der von ihm festgestellten Gesundheitsstörungen nicht nachvollziehbar dargelegt und begründet, weshalb der Kläger bei Beachtung der aus arbeitsmedizinischer Sicht einzuhaltenden (qualitativen) EinsatzbeschrĤnkungen nicht in der Lage sein soll, zumindest kĶrperlich leichte TÄxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes im Rahmen der betrieblichen Arbeitszeit von täglich 8 Stunden (vollschichtig) auszuüben, zumal auch die im Gutachten vom 16.07.2000 angenommenen funktionellen Leistungseinbu̸en des KIägers eine quantitative Beschränkung der zumutbaren Arbeitszeit nicht rechtfertigen.

Da beim Kläger somit weder Erwerbs- noch Berufsunfähigkeit vorliegt, war die Berufung zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich ($\frac{A}{2}$ 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG).

Erstellt am: 05.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024